

Bezugspreis:
Wochenschrift 30.- M., monatlich 1.00.- M.,
für das Jahr 10.00.- M., voraus zahlbar.
Postbezug: Kommissio 10.- M., einjährig,
Postumsgehalt. Unser Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Ostpreußen 20.- M., für
das übrige Ausland 27.- M. Ver-
kaufsstellen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechien-Slowakei, Böh-
men, Polen, Litauen, Lettland, Est-
land, Dänemark, Schweden
und die Schweiz.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abgegriffene Hauptzeile
kostet 1.50 M. „Achtzeile Anzeigen“
das heißt gedruckt Wort 1.50 M. (zu-
ätzlich zwei getragene Worte), jedes
weiteres Wort 1.- M. Einzeile und
Schließzeile anzeigen das heißt
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Zeit 3.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Kontierungskosten.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hausbesitz, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Mittwoch, den 6. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Stinnes in Sowjetrußland.

Deutsch-russischer Konsularvertrag.

Wie Dema von zuverlässiger Seite erfährt, steht der endgültige
Abbruch des deutsch-russischen Konsularvertrages unmittelbar bevor.
Der Vertrag liegt jetzt der Sowjetregierung zur definitiven Zu-
stimmung vor. In Deutschland dürfte er schon deswegen auf feiner-
lei Schwierigkeiten stoßen, weil auf die Anrechte deutscher Eigen-
tümer in Rußland in dem Vertrage keineswegs Verzicht geleistet
wird. Vielmehr erhalten die deutschen Unternehmer, die ihre russi-
schen Unternehmungen verlassen mußten, nunmehr Gelegenheit,
unter dem sicheren Schutz des Konsularvertrages die Reise nach
Rußland anzutreten und selbst an Ort und Stelle die wirtschaft-
lichen Beziehungen anzuknüpfen. Wie die Dema erfährt, haben be-
reits mehrere große Industriekonzerne, darunter der Stinnes-
und Thyssen-Konzern, sich bedeutende Wald- und andere
Konzessionen durch Kauf gesichert. Der Vertrag sieht für die
Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen auch eine Vergröße-
rung der deutschen konsularischen Vertretung in Moskau vor. Da
er sich im allgemeinen im Rahmen der üblichen Konsularverein-
barungen hält, wird er mit Ausnahme der in ihm enthaltenen
Amnestiebestimmungen der Genehmigung des Parla-
mentes nicht bedürfen.

Riga, 6. April. (Da.) Eine russische Untersuchungskommission,
bestehend aus 3 Ingenieuren, zur Übernahme der in Deutschland
bestehenden 1000 Lokomotiven ist nach Deutschland unterwegs. Die
Lieferung wird Mitte Mai beginnen.

Aus sowjetrussischen Kreisen wird dem Rigoer Berichterstatter
der „Dema“ mitgeteilt: Aus vielen Wolgastädten sowie aus Moskau
treffen Meldungen ein, daß der Freihandel mit der Wiedereröffnung
alter Märkte begonnen hat. Die Sowjetregierung hat Erlaubnis-
scheine auch für solche Geschäfte ausgeben, die bisher streng unter-
drückt wurden. Im Zusammenhang mit dem revidierten Wirtschafts-
plan wächst die Bedeutung der Kooperativgenossenschaften, deren
Bureauführung durch ein Dekret der Volkskommissare beseitigt
worden ist. Dieses Dekret trennt besonders die Produktionsgen-
ossenschaften von der bisherigen Zentralverwaltung und läßt ihnen
weitestgehenden Spielraum. Die Konsumgenossenschaften und die landwirt-
schaftlichen Kooperativen bleiben der bisherigen Zentrale unterstellt, die
aber größere Befugnisse erhält. Wichtig ist die Zulassung örtlicher
und Betriebsgenossenschaften, die bei der Versorgung ihrer Rayons
nicht mehr an die Zentrale gebunden sind, sondern unter-
einander frei austauschen. Auf Drängen des Rates der Volkskom-
missare wurde dieses Dekret binnen einer Woche von Beschawa,
Kamenoff und Chinschuk ausgearbeitet.

Trotz der Zulassung des Handels durch Einführung der Natural-
steuer an Stelle der Requisitionen gibt die bolschewistische „Dorf-
kommune“ ihren Befürchtungen Ausdruck, daß man auch damit die
Bauern nicht gewinnen werde.

Der Oberbürger Kalenin versicherte auf einer Sowjettagung,
daß nur ein freier Handel im kleinen zugelassen werde; der Klein-
trader dürfe sich nicht zum Gouvernementstrader entwickeln.

Auch im heiligen Sowjetrußland ist altrussische Korruption
lebendig, nur noch ins Phantastische gesteigert durch die über-
zähligen Zentralisation. Der „Dnestroff“ meldet aus Riga: Nach
erstäglichen Verhandlungen hat das Moskauer Revolutionstribunal
sein Urteil im Prozeß der Lebensmittelzentrale des Ver-
pflückungskommissars gefällt. Es waren 87 höhere Beamte und
eine Reihe von Vermittlern wegen systematischer Bestechungen und
großer Veruntreuungen angeklagt. 12 von ihnen sind zur Todes-
strafe verurteilt und der Amnestierung für unwidrig erklärt wor-
den; die übrigen erhielten Freiheitsstrafen von drei bis fünf Jahren.

Natürlich geht der Militärstaat Trotzky gegen Meuterer genau
in der üblichen Weise vor. Man erinnert sich, wie Franz Joseph im
Krieg ein tschechisches Regiment wegen Mordverbrechen zum Feinde
ausgelöst hat. Das Kronstädter Panzerschiff „Petropawlow“ kann man nicht auflösen; also hat man es wegen seiner
Teilnahme am Aufstand in „Marat“ umgetauft.

Der Umschwung der russischen Agrarpolitik.

Auf dem Wege zum Opportunismus.
Die „Russische Korrespondenz“ bringt in ihrer demnächst
erscheinenden Nummer einen Artikel von Karl Radek, der
ein ausführliches Bild über den Verlauf des 10. Kongresses
der Kommunistischen Partei Rußlands gibt.

Einen breiten Teil der Verhandlungen nahm das Ver-
hältnis der regierenden Bolschewiki zu den Bauern ein.
Man mußte auch ohne Radeks Mitteilungen, daß zwischen
beiden eine Gespanntheit eingetreten war, die entweder zu
einer explosionsähnlichen Lösung führen mußte oder die durch
das Nachgeben einer der beiden Parteien abgelöst werden
konnte. Dabei war es von vornherein klar, wer der ganzen
Sache der Dinge nach der nachgebende Teil sein mußte: die
russische Regierung nämlich, und so ist es tatsächlich
auch gekommen. Die russische Agrarpolitik stützte sich seither
bekanntlich auf das System der Requisitionen, d. h. es

wurden bewaffnete Gruppen auf das Land geschickt, die den
Bauern ihr Getreide und sonstige landwirtschaftliche Erzeug-
nisse zwangsweise enteigneten. Dieses System ist
durch den 10. russischen Kongreß beseitigt worden. Daß
dies nicht freiwillig geschah, geht aus folgenden Aus-
führungen Radeks hervor:

Ein Teil des Bauerntums ist überzeugt davon, daß die pro-
letarische Regierung an die Bauern größere Forderungen
stellt als das Bauerntum sie ertragen kann. Der Parteitag
mußte sich prüfen, ob eine Erleichterung der Lage der Bauern
möglich sei, ohne daß die Versorgung der städtischen Be-
völkerung dadurch in Frage gestellt wird. Er mußte
prüfen, ob die Methoden der Lebensmittelpolitik
nicht zu ändern sind und er kam zum einstimmigen Be-
schluß, daß man wohl die Lebensmittelpolitik ändern
kann in einer Form, die den Bauern entgegenkommt, ihre
Unzufriedenheit mildert und gleichzeitig die Versorgung
der Städte nicht in Frage stellt. Die Änderung besteht in der
Abkündigung des Systems der Requisitionen aller der Vorräte,
die den Bauern übrig bleiben nach der Deckung des eigenen direkten
Bedarfs in den Produkten der Landwirtschaft. Indem der Parteitag
beschloß, daß dieses System durch ein System der Natural-
steuer ersetzt werden soll, die von den Bauern nur einen be-
stimmten Teil ihres Produktes nimmt, einen nach der Zahl der
Familienmitglieder, des Viehes und der Höhe der Ernte bestimmten
Teil, während der Bauer über den Rest frei verfügt, hat der Parteitag
den Weg betreten, auf dem das Interesse des Bauern an der
Steigerung der Ausbeuteerträge, an der Steigerung der Intensität
der Arbeit erhöht wird.

Man würde sich einer Täuschung hingeben, wenn man
annähme, daß durch diese Vergebung der russischen Regie-
rung vor der Bauernschaft nunmehr zwischen beiden ein
ideales Verhältnis eintreten würde, das eine gewaltige Ste-
igerung der Lebensmittelerzeugung und damit eine Besserung
der trostlosen Lage der städtischen Bevölkerung Rußlands zur
Folge hätte. Vielmehr hebt Radek selbst die „gefährlichen
Momente“ hervor, die die neue Lebensmittelpolitik mit sich
bringt:

Dort, wo die Sowjetregierung nicht imstande sein wird, den
freien Ueberrest der Ernte für Waren einzutauschen, wird der
Bauer versuchen, für das in seinen Händen gebliebene Getreide
industrielle Waren von den Spekulanten und Hand-
werkern zu bekommen. Auf diese Weise wird das privatkapitalistische
Element in Sowjetrußland gestärkt.

Die Aufgabe der neuen russischen Agrarpolitik ist also an
die Notwendigkeit geknüpft, die „nationalisierte Industrie“ zu
stärken, ohne daß in der Konkurrenz mit der nationalisierten
Industrie sich Handwerker und Spekulanten zu Kapital-
isten entwickeln können. Die Entwicklung der nationalisierten
Industrie aber ist ihrerseits von den Konzessionen
abhängig, die das westeuropäische Kapital an Ruß-
land zu leisten bisher versprochen hat. Von dem Ver-
sprechen muß — so mahnt Radek mit dringenden
Worten — so schnell wie möglich zur Verleihung der
Konzessionen geschritten werden.

In seinen weiteren Ausführungen bezeichnet Radek Ruß-
land als „die Kornkammer für die westeuropäische Revo-
lution“ (eine wenig gefüllte Kornkammer wahrlich!) und
schreibt dann zu dem ihm offenbar recht peinlichen Thema, dem
„Opportunismus“ folgendermaßen:

Der Opportunismus der Sowjetregierung ist der
größte Dienst, den sie dem europäischen Proletariat leistet. Alles
was dazu beiträgt, daß die Vorderreihen der russischen Arbeiterklasse
die Macht in den Händen behalten, alles das ist der direkte Dienst
an die europäische Arbeiterklasse, der nicht dadurch ge-
ändert werden könnte, wenn die Sowjetregierung in den utopischen
Versuchen der Durchführung des „reinen“ Sozialismus in isolierten
Rußland fallen würde, sondern umgekehrt, wenn Sowje-
t rußland ein Kraftzentrum bildet, an dem sich die europäische
Revolution emporkranken kann, mag Sowjetrußland noch so weit-
gehende Zugeständnisse an die Notwendigkeiten des Tages machen.

Mit diesen Worten verbrennt Radek — und mit ihm die
russische bolschewistische Partei — alles, was sie bisher ange-
betet, und sie beten an, was sie bisher verbrannt haben. Die
Durchführung des reinen Sozialismus wurde bekanntlich
seit der Oktober-Revolution der Bolschewiki als die vor-
nehmste Aufgabe bezeichnet; jetzt ist man so weit, daß
man diese Aufgabe als „utopische Versuche“ verwirft und
lächerlich macht. Die Versicherung, daß Rußland ausersehen
sei, das Kraftzentrum der Revolution zu bilden, ist hiernach so
schwach fundiert, daß sie bei näherer Prüfung in sich zu-
sammenstürzen muß. Für die deutsche Sozial-
demokratie aber bedeutet Radeks Abkehr von der
Utopie eine glänzende Rechtfertigung ihrer Po-
litik, die auf Erreichung des Möglichen, auf Erringung des
Sozialismus durch das Mittel der Demokratie ge-
richtet war und ist.

Nach der Arbeit das Satyrspiel.

V. S. Amsterdam, 3. April 1921.
Die Konferenz der Gewerkschaftsinternationale hat gegen-
über den zwei anderen den Vorteil gehabt, daß sie die Ver-
treter der überwiegenden Mehrheit der organisierten Ar-
beiterklasse aller hauptsächlich beteiligten Länder, d. h. Eng-
lands, Deutschlands, Frankreichs und Belgiens, zusamen-
bringen konnte. Eine solchen veröffentlichte Tabelle des Inter-
nationalen Arbeitsamtes gibt über die Stärke der gewerk-
schaftlichen Organisationen dieser vier Länder folgende
Zahlen an:

Table with 2 columns: Country and Number of Members.
Großbritannien . . . 8 000 000
Deutschland . . . 9 000 000
Frankreich . . . 2 500 000
Belgien . . . 750 000

Durch die Entschlebung der Gewerkschaftskonferenz ist
also der Wille von mehr als zwanzig Millionen
organisierten englischen, deutschen, französischen und belgischen
Arbeitern zum Ausdruck gebracht worden. Das ist eine Zahl,
die den bürgerlichen Regierungen Europas Anlaß zum Nach-
denken geben sollte. Freilich verfügt die Arbeiterklasse nicht
wie die Lloyd George und Briand über Maschinengewehre
und Tanks zur Durchführung militärischer Gewaltmaßnahmen,
oder wie die Northcliffe und Stinnes über einen ausgedehnten
Presseapparat zur Vergiftung und gegenseitigen Aufsehung
der öffentlichen Meinung, aber ihre Machtmittel sind anderer
Art und wären unwiderrstlich, wenn nicht die verdammens-
werte Zwietracht ewig und lähmend auf ihr lasten würde.
Einst waren es nationale Fragen, die die einzelnen Glieder
der Internationale voneinander trennten. Heute spielt diese
Sorte von Meinungsverschiedenheiten nur noch eine ganz
sekundäre Rolle. Auch werden die Schwierigkeiten dieser Art
nur noch und immer wieder von derselben Seite verursacht,
nämlich von den Belgiern. Auch auf der Gewerkschafts-
konferenz zeichnete sich der belgische Delegierte Meriens
durch nicht übermäßige Verschönlichkeit aus. Demgegenüber
muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Wortführer
der Franzosen, Jouhaux, von Anfang an bestrebt war,
der Auffassung der deutschen Delegierten Grafmann, Baepfow
und Hymann gerecht zu werden. Der realpolitische Sinn der
Führer des französischen Gewerkschaftsbundes bildet in der
jetzigen trüben Zeit den wichtigsten und erfreulichsten Faktor
für ein gedeihliches Zusammenwirken der Arbeiter beider
Länder und für eine gesunde, solidarische Lösung des Wieder-
gutmachungsproblems.

Ueber den eigentlichen Gegenstand der Verhandlungen
gab es in Amsterdam also keine Gegensätze, weder innerhalb
der einzelnen Konferenzen, noch zwischen ihnen. Die Ent-
schlebung der Zweiten Internationale deckt sich im wesent-
lichen mit der der Gewerkschaftsinternationale und auch die
„Wiener“ dürften wohl zu gleichen Ergebnissen gekommen
sein. Warum mußte dann dem herrschenden Weltkapitalis-
mus das Bild eines uneinigen, daher in seiner Aktionsfähig-
keit stark beeinträchtigten Proletariats dennoch gegeben werden?
Vor sich nicht vielmehr hier eine kostbare Gelegenheit, den Nach-
habern Europas zu zeigen, daß über alle taktischen und theo-
retischen Haarspaltereien hinweg die internationale Arbeiter-
schaft in den großen Fragen, bei denen ihre Existenz auf dem
Spiele steht, einig zu handeln vermag? Von diesem Be-
wusstsein der Wichtigkeit einer gemeinsamen Kundgebung
in der in Amsterdam gleichzeitig versammelten Organisationen
waren sowohl die Zweite Internationale, wie auch die Ge-
werkschaftsinternationale durchdrungen. Einstimmig, debatte-
los wurde in der Plenarsitzung der Zweiten Internationale am
Donnerstag die von Fimmen unterzeichnete Einladung zu
einer gemeinsamen Aussprache zu dritt angenommen. Wer
dachte in diesem Augenblick, wo es galt, nach außen hin so
mächtig und geschlossen wie möglich aufzutreten, daran, z. B.
nach der Stärke der anderen zu schielen. Henderson und Tom
Shaw hätten sehr wohl einwenden können: „Wir vertreten
hier, in der Zweiten, acht Millionen englischer Ar-
beiter, und die Independent Labour Party besteht, nach ihren
letzten eigenen Angaben, aus ganzen dreißigtausend
Mitgliedern, wonon obendrein noch ein Viertel nach dem
soeben abgehaltenen Southporter Parteitag zu den Kommu-
nisten hinübergewechselt ist. Man kann uns eigentlich nicht
zumuten, mit ihnen von Gleichen zu Gleichen zu unterhan-
deln.“ Und ähnliche, nach den Preußenwahlen sehr nahe-
liegende Betrachtungen hätten auch von den Vertretern der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gemacht werden
können. . . . Niemand dachte aber daran unter denen, die im
Partyzucht tagten. Aber diejenigen, die bei Krasnopolsky
verfamelt waren, hätten nach langen Beratungen beschlossen,
ihre jüngst in Wien beschlossene Jungfräulichkeit nicht preis-
zugeben; und als sie, volle zwei Stunden nach der in der
Einladung festgesetzten Zeit, das Haus des Internationalen
Gewerkschaftsbureaus betraten, erklärten ihre Wortführer, daß
sie zwar die Partieräume betreten wollten, auf keinen Fall
aber die Treppe bis zum ersten Stock ersteigen würden.
Demoben standen auf dem Balkon die Vertreter der Zweiten
Internationalen, Arthur Henderson und Tom Shaw, die in der

mit den Frühlingsluft ihren nicht durch irgendeine Sehnsucht, sondern durch das Gefühl der verlorenen Zeit sehr erklärlichen Unwillen zu dämpfen versuchten. Was sich nun in den unteren Räumen des Internationalen Gewerkschaftsbüreaus abspielte, mit welchen Argumenten die „Zweieinhalb“ ihre Haltung begründeten, vermag ich nicht anzugeben. Die „Freiheit“ hat inzwischen erklärt, daß eine Verbindung mit den nationalistischen belgischen Sozialisten und mit der französischen Koziar-Gruppe für die Wiener Arbeitsgemeinschaft nicht in Frage kommen konnte. (Wir dürfen hierbei feststellen, daß der alte Vorstand der U.S.P., sie könne sich nicht mit S.P.D.-Vertretern an einen gemeinsamen Beratungstisch setzen, also gänzlich fallengelassen wird. Nach Sachsen und Braunschweig würde übrigens dieses Argument der Komik nicht entbehren.) Aber wir wollen bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Aufnahme der französischen Dissidenten in der Zweiten Internationale ohne unser Zutun in Genf erfolgte, und stehen nicht an, zu erklären, daß wir nicht einen Augenblick zögern würden, wenn wir zwischen Koziar und Longuet zu wählen hätten. Und was die Haltung der Belgier gegenüber den Pariser Beschlüssen und den Londoner Sanktionen betrifft, so haben wir nicht auf den Wind der Unabhängigen gewartet, um unsere Meinung hierüber zu äußern.

Ein indiskreter Zeitungsmensch, der durch das Schlüsselloch der Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaftlern und den Zweieinhalbern lauschte, behauptet folgende Redebrüche vernommen zu haben:

„Rein, wer te Genossen, nachdem wir in Wien feierlich beschlossen haben, daß unser revolutionäres Seelenheil eine Verbindung mit den opportunistischen Sozialpatrioten der Zweiten Internationale nicht verträgt, können wir unmöglich mit euch und mit ihnen eine gemeinsame Kundgebung erlassen.“

„Sie meinen, das würde den Eindruck unserer einzelnen an sich ziemlich gleichlautenden Beschlüsse auf die regierende europäische Bourgeoisie verstärken. Ja, haben sie aber dabei an den Agitationsstoff gedacht, den wir der „Roten Fahne“ und der „Humanität“ damit gegen uns selbst liefern würden? Morgen würde es dort wieder einmal in feister Ueberlieferung heißen: „Die Toten reiten schnell“ oder „Toujours plus dans l'abjection“. Rein, das ist unmöglich! ... Mit Ihnen, werter Genosse Thomas, dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsinternationale, wollen wir gerne im Parterre verhandeln. Oben unter Sie aber Herr Thomas, der Kassierer des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale: drei Schritte vom Leibe! ... Ja, wir wissen schon, auch Ramon MacDonald sieht dort oben. Das ist ein tapferer Internationalist, der soeben noch in Southport zum Mitglied des Vorstandes der Independent Labour Party wiedergewählt worden ist. Er soll nur herunterkommen, wir würden mit Freude unten mit ihm verhandeln — oben aber nicht: denn dort ist er Sekretär der Zweiten Internationale, ein elender Opportunist und Sozialpatriot, mit dem wir, die in unserer Mitte Renaudet zählen, niemals verhandeln könnten. ... Wie bitte? Ich sollte mich mit Weis an einen Tisch setzen, mit diesem Rechtssozialisten, der am Morgen des 9. November 1918 in den Kasernen bereits die Scheinrevolution machte, während ich damals in meinem Bette schon die zweite Revolution vorbereitete? Für wen halten Sie mich denn? Ich hüsse Georg Ledebour und nicht Richard Lipinski. ... Und die Belgier! Denken Sie an die Belgier! ... Nicht Sie meinen wir, werter Genosse Mertens, denn Sie haben zwar soeben in Antworten u. a. von dem durchaus begreiflichen Haß des belgischen Proletariats gegen das deutsche Volk gesprochen, aber Sie sind hier unten Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes: dort oben aber sitzt die Brouckere, sitzt Hugsmans. ... Sie werden doch wohl selber einsehen, daß das nicht geht.“

... Und so ist es gekommen, daß die Amsterdamer Konferenz, die eine nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit geboten hätte, die Einigkeit des gesamten europäischen Proletariats, sofern es nicht Moskau verschrieben ist, gegen die verderbliche Politik der Loucheur und Stinnes zu betonen, auszuändern, ohne diese gemeinsame Kundgebung zu erlassen, die den Wert und die Wirkung der einzelnen Entschlüsse verdoppelt und verdreifacht hätte.

## Woyzeck im „Deutschen Theater“.

Das innerlichste und vollstimmlichste Revolutionsdrama unserer Literatur, das jahrzehntelang verschollen war, Büchners „Woyzeck“ (bisher „Woyzeck“ benannt), erschien nach Barnowstons Vorgang unter Max Reinhardts Regie zum dritten Male im „Deutschen Theater“.

Gewiß ist dies Fragment kein Bühnenwerk, auch nicht mit den neuen Zeichen der Witkowskischen Besart, von denen die vorliegende Szene, in der Woyzeck auch von seinem Kinde noch verlassen wird, besonders ergreift, und es wäre gewiß auch Ballade gebübet, wenn es vollendet worden wäre. Und doch wirkt es revolutionärer, quälender, aufreißender als alle Programmrevolutionsdramen der heutigen Generation. Denn in ihm wird die soziale Anklage Gestalt, Bild und Volkstied. Das Schicksal des von allen bösen Mächten dieses Daseins Bedrängten, von allem Gütigen und Verführenden dieses Lebens Verlassenem verpußt nicht durch das Ventil großer Reden, sondern es rollt sich beinahe in morsches Lachen ab. Dieser armseelige Woyzeck, den die Liebe betrügt, der Hörnende verprügelt, der Vorgesetzte frozelt, der den Arzt zu scheußlichen Experimenten ausmuht, spricht schon fast nicht mehr, bäumt sich nur noch halb- stumm, ohne Laut für sein Weh finden zu können, auf, um in Mord und Selbstmord sich von dem ungeheuren Druck zu erlösen. Es ist diese Wortarmut, die die Rolle zu einer maßlos schwierigen Aufgabe macht. Diesmal war es wiederum Eugen Kämpfer, der sie zu bewältigen hatte. Er ist der Mensch, in dessen Wurm hineinzufrieden, und huscht, wie ein Halbschatten, geängstigt und gepöbeln in seine Tat hinein, kaum hier und da das Licht eines noch lebendigen Willens aufsteigend, ganz Getriebener, Unschuldiger, Refusit seiner Umgebung. Ganz selten nur ein paar Töne, die noch (aber — was bedauerlicher wäre — schon) keine seelische Substanz haben. Solche Töne finden sich mehr bei Auguste Büntzsdyn, die sonst viel für die Morle mitbringt, anscheinend aber in der fragmentarischen Gestalt nicht genug Raum hat, um sich warm zu spielen. Dieterle als Tambourmajor ein wenig zu gewaltig, Kühne als Doktor ein wenig zu schleppend, Diegelmann als Hauptmann, Runberg als Jude, Krüger und Schweikert als Handwerksburschen und Böcker als Irzer einprägsame Silhouetten. Reinhardt, von Heertfeld und Dworeski unterstützt, bewegte das Ganze in schnellem Tempo mit den einfachsten Mitteln, die das Volkstheater dieser wehen Ballade schön herausarbeiteten. Einige Bilder waren von erschütternder Tiefe, anderen fehlte es noch an Atmosphäre, so daß der letzte Klang, den Bühner zu geben vermag, noch ausbleibt.

Dr. D. E. Heise.

## Communiqué des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilt uns mit:

Zwecks Beratung der durch das Scheitern der Londoner Konferenz geschaffenen Situation hat der Internationale Gewerkschaftsbund die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung von Frankreich, Belgien, Deutschland und England zu einer Konferenz nach Amsterdam einberufen.

Zur selben Zeit haben auch die internationalen sozialistischen Organisationen, die ihren Sitz in London bzw. Wien haben, unabhängig vom Internationalen Gewerkschaftsbund zu demselben Zweck Konferenzen in Amsterdam abgehalten.

Die beiden internationalen politischen Organisationen richteten an den Internationalen Gewerkschaftsbund das Ersuchen, mit ihnen Besprechungen abhalten zu wollen, welchem Ersuchen der Internationale Gewerkschaftsbund mit Rücksicht auf den Ernst der Situation entsprechen zu müssen glaubte. Um jedoch seine unparteiische Stellung und seine Unabhängigkeit gegenüber den verschiedenen Fraktionen der Internationale zu betonen, stellte der Internationale Gewerkschaftsbund die ausdrückliche Bedingung, daß dieser Konferenz Vertreter aller drei Organisationen beizutreten müssen. Die vorläufigen Besprechungen ergaben jedoch, daß die Abhaltung einer gemeinsamen Beratung, so wünschenswert ein derartiges Resultat an sich auch wäre, mit Rücksicht auf die Schärfe der politischen Gegensätze derzeit nicht möglich ist.

Unter diesen Umständen beschloß der Internationale Gewerkschaftsbund sich einzig darauf zu beschränken, den beiden politischen Organisationen die von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz einstimmig angenommene Resolution zuzusenden, um so die Möglichkeit zu schaffen, die gemeinsamen Punkte herauszufinden und zum Zwecke einer Aktion einheitliche Bemühungen zu ermöglichen.

## Der Volkswille — die Minderheitsregierung!

Die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ erläßt zur preussischen Regierungsbildung eine Erklärung, in der es heißt:

Wir betonen von neuem, daß das Interesse des preussischen Staates ebenso wie der Wille der preussischen Wähler eine gründliche Befreiung der sozialdemokratischen Miswirtschaft in Preußen fordert. Inzwischen hat der blutige Kommunismusstand und seine schwächliche Bekämpfung noch ganz besonders für die Unfähigkeit der sozialdemokratischen Verwaltung zur Durchführung der Staatsnotwendigkeiten gezeigt. Jede Partei, die durch die Art ihrer Mitwirkung bei der Regierungsbildung in Preußen die Fortdauer einer solchen Verwaltung ermöglicht, macht sich an den dadurch herbeigeführten Missetaten in vollem Umfang mit schuldig.

Auf die abgestandenen deutschnationalen Agitationslügen über den Putsch und seine Bekämpfung gehen wir hier nicht ein. Während ist die Sorge der Deutschnationalen, daß auch der „Wille der preussischen Wähler“ zum Ausdruck kommt. Diese Sorge ist unter der Demokratie ganz unangebracht, da ja jede auf den Willen der Wähler beruhende Mehrheit ohne weiteres die Zügel der Regierung ergreifen kann und niemand um Erlaubnis zu fragen braucht. Wenn die Deutschnationalen sich fortgesetzt auf den „Willen der Wähler“ berufen, so müssen sie doch eine dementsprechende Mehrheit bei der Hand haben. Also heraus damit! Niemand wird verhindern, daß diese Mehrheit sofort einen ihr genehmen Ministerpräsidenten wählt. — Die Sorge der Deutschnationalen wird allerdings begreiflicher, wenn man in der nationalistischen „Täglichen Rundschau“ im Anschluß an den gestrigen Beschluß der preussischen Landtagsfraktion folgenden Satz liest:

Wir möchten wünschen, daß es nun endlich zu einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Minderheitsregierung kommt.

Hojo, das ist seltsam! Erst beruft man sich auf den „klaren Volkswillen“ und dann verlangt man eine Regierung der Minderheit! Danach scheint der von den Deutschnationalen behauptete Volkswille doch nicht so klar zu sein, wie sie das gern hinstellen.

Die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie sich doch noch zu einem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei würde

gewinnen lassen, eine Hoffnung, die, nebenbei bemerkt, auf den kühnsten Interpretationskunststücken beruht, ist nach dem gestrigen Ereignissen im Schwinden. Um so größer ist die Furcht der Deutschnationalen, daß die Deutsche Volkspartei „Schlapp machen“ könnte. Die Beibehaltung der alten Koalition in Preußen war bisher am meisten erschwert durch die Drohung der Deutschen Volkspartei an Zentrum und Demokraten, aus der Reichsregierung auszutreten. In der letzten Zeit ist nun öfter ausgesprochen worden, daß die Deutsche Volkspartei diese Ankündigung nicht wahr machen würde. Nun sucht die Deutschnationale Volkspartei ihre Nachbarteil durch folgende Drohung ihrer Korrespondenz aufzuputchen:

Neben dem Zentrum hat insbesondere die Deutsche Volkspartei es in der Hand, auf die Regierungsbildung in Preußen entscheidend einzuwirken. Auf die Beziehungen der Deutschnationalen Volkspartei zu den anderen Parteien wird deren Haltung in dieser Frage von maßgebender Bedeutung sein.

Also Doppeldrohung! Die Deutsche Volkspartei droht den bürgerlichen Mittelparteien und die Deutschnationalen drohen der Deutschen Volkspartei, falls diese ihre Drohung nicht wahr macht. Daraus aber werden Zentrum und Demokraten entnehmen können, daß ihre bisherige Haltung in der Frage der alten Koalition nicht unter dem Diktat der Deutschen Volkspartei, sondern in Wirklichkeit unter dem Diktat der Deutschnationalen stand.

## Ein preussisch-deutscher Ausgleichsminister?

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht der Reichsminister des Innern Koch eine längere Abhandlung über das Verhältnis Preußens zum Reich. Er räumt dabei mit dem Homogenitätschwandel auf, indem er nachweist, daß die parteimäßig gleichartige Zusammensetzung der Regierungen ein reibungsloses Nebeneinanderarbeiten noch lange nicht gewährleistet. Grundfänglich erklärt sich Koch für den dezentralisierten Einheitsstaat, für das Aufgehen Preußens im Reich, er meint aber, daß es bis dahin noch Jahrzehnte dauern werde. Da eine Personalunion zwischen der Reichsregierung und dem Ministerpräsidenten nicht möglich ist, kommt Koch schließlich zu dem Vorschlag, daß ein Minister ohne Portefeuille ernannt werden solle, der beiden Kabinetten angehört und dessen Aufgabe sein würde, entstehende Meinungsverschiedenheiten rechtzeitig auszugleichen. Derselbe Minister soll dann auch berufen sein, im Reichsrat für eine stärkere und einheitlichere Politik zu wirken.

Der Vorschlag Kochs, Schwierigkeiten zwischen dem Reich und Preußen durch einen „Verbindungsminister“ auszugleichen, ist jedenfalls viel vernünftiger als die Idee, die Regierungen im Reich und in Preußen mühen „homogen“ sein. Wie wäre es aber mit einem deutsch-bayerischen Ausgleichsminister? Zwischen den homogenen Regierungen von Berlin und München einen Ausgleich zu schaffen, scheint uns die dringende Forderung des Tages zu sein. Wie wär's mit Dr. Heinze?

## Kahrs Verschleppungskünste.

München, 6. April. (M.) Der Ministerrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der vom Reichsminister Dr. Heinze in Auftrag der Reichsregierung übertragenen Note vom 23. März. In der vom Ministerrat beschlossenen Antwort an die Reichsregierung schlägt die bayerische Staatsregierung nach eingehender Begründung vor, bei gegebenem Anlaß mit der Erlaubnis in neue Verhandlungen wegen der Entwaffnungsfrage einzutreten.

Beobachtung weiterer Puffschüler aus den Leuna-Werken. Die beiden noch fehlenden Hauptbeteiligten des kommunistischen Aktionsausschusses der Leuna-Werke, der 28 Jahre alte Fabrikarbeiter Haase und der 24 Jahre alte Zimmerer Gierl, sind in der Leipziger Kriminalpolizei verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf dem Bayerischen Bahnhof kurz vor Abfahrt des Zuges, mit dem sie ihre Flucht fortsetzen wollten.

Deutsche Gewerbechau München 1922. Wie 1912 so soll nun auch zehn Jahre später, 1922, eine deutsche Gewerbechau in München stattfinden. Die organisatorischen Vorbereitungen hierfür sind bereits vollendet. Für die künstlerische Ausgestaltung der Gewerbechau, die in den Hallen des Münchener Ausstellungsparkes stattfinden, werden Münchener und Berliner Künstler und Architekten, wie Bruno Paul, Peter Behrens, Bötzig u. a. tätig sein. Eine Reihe von Entwürfen liegt bereits vor. Die Gewerbechau wird Keramik, Glas, Stein, Holz, Korb, Leder, Papierwaren, Metall, insbesondere auch Edelmetallwaren und Mode umfassen. Daneben ist noch Raum für eine Reihe von Sondergruppen vorgesehen, u. a. für die Wiener Werkstätten, den Expressionismus im Kunstgewerbe, die deutschen Kriegsgewerbeschulen, den Gewerbegeist der Ostdeutschen aus Siebenbürgen, Bessarabien und Südrussland. Die Ausgaben werden auf über 18 Millionen geschätzt.

Wiedergefundene Gemälde Rembrandts. In den letzten 10 Jahren sind nicht weniger als 100 bisher unbekannt Gemälde Rembrandts aufgetaucht, und damit ist das schon 6000 Bilder umfassende Lebenswerk des Meisters noch um ein Sechstel erweitert worden. Diese immer neuen Rembrandt-Entdeckungen kommen zum großen Teil auf das Verdienst des Kunsthandels, dessen Arbeit immer neue Werte aus den Verstecken zieht. Gerade jetzt kann man in Berlin ein ganz unbekanntes frühes Meisterwerk Rembrandts, eine Sujana, in der Galerie Haberstrof, und ein wenig bekanntes Werk, gleichfalls aus der Jugend des Meisters, den Petrus bei den Kriegstwechten, in der Galerie von Diemen, Unter den Linden, sehen.

Prof. Ludwig Justi, der Direktor der Nationalgalerie, hat kürzlich Urlaub genommen, obwohl am Donnerstag im Kronprinzen-Palast die von ihm arrangierte Ausstellung der italienischen Futuristen eröffnet wird. Postentgelt hängt dieser Urlaub nicht mit dem Silberjubiläum zusammen, die unpopuläre und vorwiegend als häßlich ergebnislose Beleuchtung des Museumsdeluges aufkommen. Aber Museumsdirektor, dem seine Aufgabe aus Herz gemacht ist, muß sich gegen diese Maßnahme wehren.

Ein internationaler Studentenkongress findet zuerst in Prag statt. Die deutschen Studenten der ehemaligen Mittelmächte sind davon ausgeschlossen. Die Vertreter der nordischen Studenten wollen ihnen den Eintritt in die internationale Studentenkonferenz ermöglichen, während die Franzosen ihre Aufnahme von der Zulassung Deutschlands in den Völkerverbund abhängig machen wollen. — Ein Mobil französisch-österreichischer Verhandlungspragge ist, wird auf dem Kongress fast nur deutsch gesprochen.

Paris — gegen unästhetische Städte. Der französische Kultusminister Combarot hat erklärt, daß er gegen die „Wunderer mit Unästhetik“, d. h. gegen die, die für die Aufführung der unästhetischen Stücke in den Pariser Theatern verantwortlich sind, ein Gesetz erbringen werde, das schwere Strafen vorseht.

Neue Briefmarken. Japan hat zum Jubiläum der Einführung des europäischen Postsystems (1873) neue Briefmarken herausgebracht. — Die englischen Kolonien geben neue Postwertzeichen aus, so Katala und Gibraltar. — Für Französisch-Syrien sind Marken mit kleinasiatischem Volkswesen vorgesehen. — Spanien hat aus Anlaß des neu eröffneten Luftverkehrs zwischen Spanien und Marokko Marken mit einem Aufsatz eingeführt.

## Die Besetzung Sült.

Zur Besetzungsfeier des Obermaschinen Sült hatte sich heute vormittag in und vor der Böhmbrauerei eine nach Tausenden zählende Menge eingefunden. Zahlreiche und prächtige Kränze waren zu sehen, ebenso viele Banner mit den bekannten Inschriften. Um 12 Uhr wurde der Sarg, der mit Kränzen und einer trauerumflorten Fahne der W.P.D. geschmückt war, unter den Klängen der „Internationale“ und anderen Liedern nach dem Friedhof in Friedrichsfeld übergeführt.

## Gewerkschaften und Sondergerichte.

Vom Vorstand der W.P.D. wird uns geschrieben: Die Berliner Gewerkschaftskommission und das Berliner Ortskomitee des W.P.D. Bundes haben sich kürzlich in einem Aufruf für die Aufhebung der Sondergerichte ausgesprochen, die im Anschluß an den kommunistischen Putsch eingesetzt worden sind. In diesem Aufruf war an die Zentralstellen des W.P.D. Bundes und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Aufforderung ergangen, ihrerseits die erforderlichen weiteren Schritte zur Aufhebung der Ausnahmeorgane einzuleiten. Vom Hauptvorstand des W.P.D. Bundes wird uns dazu mitgeteilt, daß inzwischen aus Mitteldeutschland ähnliche Anträge eingegangen sind. Es wird in der Begründung vor allem darauf hingewiesen, daß während die verantwortlichen Führer des Putsches sich längst am Staube gemacht haben, sich die unabweisbar eingeleiteten gerichtlichen Verfolgungen teilweise gerade gegen diejenigen technischen Angestellten und Werkmeister richten, die während des Putsches unter großer Aufopferung den Notstandsbeschlüssen der Leuna-Werke ausrechterhalten haben. Angesichts dieser Vorgänge müsse dringend verlangt werden, daß den Angeklagten alle Garantien des ordentlichen Strafverfahrens zugestanden würden. Die Vorstände des W.P.D. und des A.D.G. Bundes werden in den nächsten Tagen zusammentreten, um zu dem Aufruf der örtlichen Berliner Organisationen Stellung zu nehmen.

## Amsterdam und die Regierungen.

Der Brüsseler „Peuple“ vom 5. April faßt seine Betrachtungen über die Amsterdamer Konferenzen dahin zusammen, daß zwar nicht das Zusammengehen zwischen den beiden politischen Internationalen, aber doch ein sehr bedeutendes Ergebnis erreicht sei. Es sagt:

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist: Wie können die Verhandlungen zwischen den Regierungen auf Grund der Amsterdamer Beschlüsse wieder aufgenommen werden?

Die verschiedenen Delegationen haben sich verpflichtet, auf ihre Regierungen einzumirken, um so schnell wie möglich die in London entstandene Krise zu beenden. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Englands, Belgiens und Deutschlands verfügen über eine Macht, die es ihren Regierungen sehr schwer machen wird, sich den Verhandlungen zu entziehen, deren Möglichkeit nun erwiesen ist. In Frankreich, wo das Proletariat durch Spaltungen zur Ohnmacht verdammt ist, wird es schwerer sein, Briand und Millerand zur Anerkennung einer anderen Lösung als derjenigen durch die Gewalt der Waffen zu bringen. Aber wir zweifeln nicht daran, daß die Confédération Générale du Travail alles daransetzen wird, ihre Regierung auf den einzigen Weg zu lenken, der zum Wiederaufbau Europas und zum Weltfrieden führt.

In einigen Tagen wird sich erweisen, wie nützlich die Amsterdamer Konferenzen waren.

Aus diesen Ausführungen spricht ein starker Optimismus. Die gestrige Senatsrede Briands zeigt, wie groß die Widerstände sind, die in Frankreich einer gerechten und vernünftigen Lösung der Reparationsfrage noch entgegenstehen.

## Die Anschlußbewegung.

München, 6. April. (U.) Die hier bestehenden Verbände der Tiroler, Salzburger und der Deutschen aus den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten richten an ihre Landesleute zu dem am 24. April in Salzburg und Tirol stattfindenden Volksbegehren über den Anschluß an Deutschland einen Aufruf, worin mitgeteilt wird, daß denjenigen, welche zur Abstimmung die Salzburger und Tiroler Heimat aufsuchen wollen, bei genügender Beteiligung freie Reise von München aus gewährt wird. Die Tiroler und Salzburger Landesleute werden angefordert, dem Rufe zur Abstimmung zu folgen, denn es geht um die Heimat.

Nach dem Pariser „Figaro“ wird die Entente gegen eine Volksabstimmung in ganz Deutschösterreich Einspruch erheben und den Anschluß niemals dulden.

Deutschösterreich beabsichtigt gar nicht, sich an die Entente, sondern an den Völkerverbund zu wenden, dessen Mitglied es ist.

## Karl reist weiter.

Wien, 6. April. (U.) Nach Abschluß der Besprechungen mit der Bruder Arbeiterkammer hat der Sonderzug mit Erzherzog Karl seine Fahrt von Frohnleiten in der ersten Morgenstunde fortgesetzt.

## Einspruch Liechtensteins.

Wien, 6. April. (U.) Das Fürstentum Liechtenstein hat durch seinen Wiener „Botschafter“, Prinz Eduard Liechtenstein, dagegen Einspruch erhoben, daß Vertreter der österreichischen Wehrmacht als Bewachung Karls durch liechtensteinisches Gebiet fahren. Die Liechtensteiner Regierung erklärt, daß sie nur Entenamtlich als Bewachung des Exkönigs zulasse. Bundeskanzler Dr. Wagner hat diese Forderung der Liechtensteiner Regierung dem Parlamentariern, die den Zug begleiten, telegraphisch übermittelt. (Die Liechtensteiner fürchten wohl eine Annexion oder Republikanisierung! Red.)

## Was dahinter steckt.

Wien, 6. April. (U.) Aus Kreisen der Budapest fremden Missionen erzählt der Korrespondent des „N. W. Tagbl.“, daß hinter der Reise Karls nach Ungarn weitreichende Pläne standen. Wäre der Putsch gelungen, so hätte zweifellos einige Tage später in München das Königreich mit Rupprecht proklamiert werden sollen. Dies hätte einerseits die Trennung von Preußen bedeutet, andererseits die Basis geboten für eine Donauöderation aus Bayern, Oesterreich und Ungarn unter französischem Protektorat. Die Einzelheiten dürften mit allen Belegen in kurzer Zeit der Öffentlichkeit übergeben werden. Auch werde man Beweismittel über jene Doppelrolle erbringen, die der österreichische Kanzler Dr. Renner hierbei gespielt habe.

## Die Würfel rollen.

Le Rond fährt zu einleitenden Beratungen über Oberschlesien nach Paris.

Infolge des englischen Großstreiks sollen ausgesandte britische Truppen nach Hause beordert werden — darunter auch die vier Bataillone aus Oberschlesien, die seinerzeit zur Verstärkung des englischen Anteils an der Besatzungsarmee hingeschickt, aber immer im südöstlichen Teil gehalten worden waren.

## Die Kommunistenprozesse in Moabit.

Das Sondergericht, welches auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gebildet ist, um über die Teilnehmer an den kommunistischen Unruhen zu urteilen, begann heute seine Tätigkeit am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Braun im kleinen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichts. Als erster Angeklagter wurde der 17jährige Dreherlehrling Ernst Bandik aus Neukölln dem Gericht aus der Untersuchungshaft vorgeführt; ihm ist Rechtsanwältin Waller Friedländer als Verteidiger beigegeben. Staatsanwalt Jaeger erhob gegen den Angeklagten die Beschuldigung, sich gegen § 110 StGB. vergangen zu haben, indem er am 27. März d. J. durch Verbreitung der „Roten Fahne“ zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert habe. Die betreffende Nummer der „Roten Fahne“ enthält einen Artikel unter der Überschrift „Der Kampf geht weiter!“ und forderte zum Generalaufstand, Bewaffnung des Proletariats und Entlassung des Bürgertums auf.

Die Verhandlung begann mit der Erörterung der rechtlichen Frage, ob dieses Gericht als mit dem Gesetze vereinbar anzuerkennen sei. Staatsanwalt Jaeger bejahte diese Frage. Entgegengesetzter Meinung war der Verteidiger, der ausführte, daß die Einsetzung dieser Sondergerichte gegen Artikel 48 und 105 der Verfassung verstoße. Das Gericht behielt sich eine Stellungnahme zu dieser Frage vor.

In seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß er sich nie mit Putsch befaßt habe.

Er gibt aber zu, die Zeitungen in einem Unterhaltungsabend der „Freien Jugend“ erhalten zu haben. Den fraglichen Artikel habe er gar nicht gelesen und die Zeitungen nur verkauft, um sich ein paar Mark zu verdienen, da er als Lehrling nur 20 Mk. pro Woche verdiente. — Der Anklagevertreter beantragte 4 Monate Gefängnis, während R. A. Waller Friedländer die Freisprechung für geboten hält. — Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende bezüglich der von der Verteidigung erhobenen Einwände gegen die Rechtmäßigkeit des Sondergerichts den Beschluß des Gerichts dahin, daß die Sondergerichte auf Grund der Verfassung durchaus zu Recht bestehen. In der Sache selbst erkannte das Gericht auf 1 Woche Gefängnis, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.

In der zweiten Sache handelte es sich ebenfalls um eine Anklage wegen Verbrechens gegen den § 110 StGB., begangen durch Verbreitung eines Flugblattes der „Roten Fahne“ vom 29. März, in welchem zum Generalaufstand sowie zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgefordert wurde. Beide Angeklagte, der Schriftführer Max Preilippert und der Bildhauer Richard Jagermann, wurden verhaftet, als sie sich in der Oranienstraße in einem Auto befanden, und mehrere Pakete, insgesamt 8000 Stück jenes Flugblattes der „Roten Fahne“ mit sich führten. Der Angeklagte Jagermann war als Vater bei der „Roten Fahne“ beschäftigt gewesen. Beide Angeklagte wußten von dem Inhalt der Artikel keinerlei Kenntnis gehabt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jaeger beantragte gegen Preilippert 5 Monate und gegen Jagermann 10 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte, den Ausführungen des Rechtsanwalts Walter Friedländer folgend, auf Freisprechung der beiden Angeklagten, da eine vollendete Verbreitung nicht erfolgt sei, der Versuch einer Verbreitung jedoch nicht strafbar sei.

In der dritten Sache handelte es sich um den Maurer Gustav Lehmer, der ebenfalls der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze beschuldigt wurde. Dies soll geschehen sein durch Verbreitung eines kommunistischen Flugblattes. In die Kameraden der Reichswehr und der Sippe, in welchem die Reichswehr und die Sicherheitspolizei zum Ungehorsam gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten aufgefordert wurden. Die Angeklagte behauptet, daß der ein solches Flugblatt auf der Straße gefunden, und ehe er es gelesen habe, habe er es einem Sipobeamten gegeben. — Der Anklagevertreter beantragte 1 Woche Gefängnis, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten sei. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß.

Der Arbeiter Friedrich Kleinfeld, ebenfalls wegen Verbrechens gegen den § 110 StGB. angeklagt, soll Anteil am Verbrechen mit der Aufschrift: „Arbeiter, sichert Euch die Macht in den Betrieben!“ Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte auf diese Strafe unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

In der Verhandlung vor dem außerordentlichen Gericht in Hamburg gegen neun Kommunisten wegen öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, wegen Aufruhrs, Widerstandes und Hochverrats wurde gestern nachmittags das Urteil gefällt. Die Angeklagten erlitten Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren. Das Gericht stellte fest, daß es sich um einen Aufruhr zu hochverräterischen Unternehmungen handelte, was schon aus den Vorgängen bei Blohm u. Hoff hervorgehe.

Sprengstoffkiste in Hensburg. In Verfolg der kommunistischen Untertriebe sind bisher 12 Kommunisten verhaftet. Man fand in ihrem Besitz Sprengstoffe und einen Plan für einen Putsch, nach dem beabsichtigt war, Bohnhof, Gericht und Post in die Luft zu sprengen. Die Verhafteten stehen zum Teil im jugendlichen Alter. Zu den Verhafteten gehört auch ein fünfzehnjähriges Mädchen, das als kommunistische Sendboten von Iphoe nach Hensburg geschickt wurde und Geheimbefehle sowie vermutlich auch einen Teil Sprengstoffe überbrachte.

## Groß-Berlin

### Nordsüdbahn und Erwerbslose.

Der ständige Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung für die Erwerbslosenfürsorge beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung vorwiegend mit der Frage, wie der Welterbau der Nordsüdbahn der Behebung der Erwerbslosigkeit dienlich gemacht werden könne. Oberbürgermeister Böh, der selbst an den Ausschussberatungen teilnahm, machte eine Reihe bemerkenswerter Mitteilungen über die Verhandlungen, die wegen der Beteiligung von Reich und Staat an der weiteren Ausbringung der zum Bau der Nordsüdbahn erforderlichen 350 Millionen geführt werden und die erfreulicherweise vor dem Abschluß stehen. Danach will das Reich durch das Reichsarbeitsvermittlungsammt einen Zuschuß von 120 Millionen leisten. Wenn die Gesamtkosten aufgebracht sind, wird es möglich sein, 9000 Erwerbslose 1½ Jahre lang beim Bau der Nordsüdbahn zu beschäftigen. Von dem Vertreter des Landesarbeitsbeschaffungsamts A. Rörken wurde in den Verhandlungen angeregt, nicht nur für die ungelehrten Arbeiter beim Tiefbau, sondern auch durch Belegung des Hochbaus für die Laufwege erwerbsloser Bauhandwerker Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Abgelehnt wurden im Ausschuss mehrere kommunistische Anträge, unter anderen die Forderung, allen Arbeitslosen freie Fahrt zum Arbeitsnachweis und zur Erlangung einer Arbeitsstelle zu gewähren, ferner die Erwerbslosenunterstützung in voller Höhe (!) nach den Tariflöhnen zu zahlen, freie Arztbesuche und Heilmittel zu bewilligen usw. Abgelehnt wurde vor allem der kommunistische Antrag, wonach die Verwaltungsbezirke angewiesen werden sollen, sofort Speiseanstalten zu errichten, in denen an die Erwerbslosen, deren Angehörige und sonstige Bedürftige die Speisen unentgeltlich abgegeben werden, und die von der Stadt Berlin teilweise geschlossenen Speiseanstalten sofort wieder in Betrieb gesetzt werden sollen. Es wurde entgegen diesem Antrag festgestellt, daß die Benutzung der noch geöffneten Speise-

anstalten von Tag zu Tag zurückgehe. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, wonach der Magistrat gemeinsam mit den Vertretern der anderen Fraktionen unverzüglich bei der Reichsregierung vorstellig werden solle, um geeignete wirtschaftliche Maßnahmen und Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Behebung der Not der Berliner Erwerbslosen zu verlangen, wurde durch die im Ausschuss gemachten Mitteilungen für erledigt erklärt.

### Die Arbeiterentlassungen bei der Parkverwaltung.

Der Oberpräsident hat als Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin angelehnt. Der Schlichtungsausschuss hatte darin die Parkverwaltung der Stadt Berlin für verpflichtet erklärt, von 70 Parkarbeitern, die Mitte Oktober aus Mangel an Arbeit entlassen und dann für die Tiefbauverwaltung bei Privatunternehmern beschäftigt worden waren, diejenigen wieder einzustellen, die länger als ein Jahr bei der städtischen Parkverwaltung beschäftigt gewesen sind. Wenn die Arbeit in der Parkverwaltung gestreckt werde, könnten auch diese Arbeiter beschäftigt werden. Der Demobilisierungskommissar hat diese Entscheidung nicht für verbindlich erklärt, weil die betreffenden Arbeiter bei ihrem Austritt aus der Parkverwaltung schriftlich erklärt haben, daß sie Ansprüche irgendwelcher Art gegen die städtische Parkverwaltung nicht mehr hätten. Eine Fortdauer des Arbeitsverhältnisses mit der Parkverwaltung läge nicht mehr vor.

### Ein geheimnisvolles Verbrechen.

dem vor 2½ Jahren auch in Berlin nachgespürt wurde, ist jetzt in Kocklinghausen aufgeklärt worden. Dort wohnte ein Bergarbeiter mit seiner Frau in einer Kolonie, die aus Zweifamilienhäusern besteht. Eines Tages, vor 2½ Jahren, verschwand die Frau. Der Mann erzählte, sie sei über Berlin nach ihrer polnischen Heimat zurückgekehrt. Später teilte er mit, die Frau sei in Polen gestorben. Es gelang dem Manne, sich Urkunden zu verschaffen, die ihm eine zweite Heirat ermöglichten. Vor einiger Zeit fiel nun der zweiten Frau auf, daß die Tür zu einem Nebenteller ihres Hausstellers vermauert war. Bei Öffnung des Kellers fand man in einer Tiefe von 1½ Meter die Leiche der ersten Frau vergraben vor. Jetzt wurde der Bergmann verhaftet. Er behauptet, daß er die Frau im Streit die Kellerterrasse hinabgeworfen und dann unten im Keller mit einem Hammer erschlagen habe.

### Unabhängige Wahrheitsliebe.

Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer Morgennummer einen Bericht über die gestern vormittag stattgefundenen Konferenzen mit den Vertrauensleuten der städtischen Betriebe, in welchem unseren Redner, Gen. Bermuth, völlig einseitige Neuierungen in den Mund gelegt werden. Es muß schlecht um die unabhängige Sache bestellt sein, wenn der Gewährsmann der „Freiheit“ sich so zweifelhafter Mittel bedient.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion stehen zu ihren Worten; sie haben nicht nötig, ihre Meinung innerhalb einer halben Stunde zu wechseln, wie das bei dem unabhängigen Redner der Fall war. Ein Eingehen auf die sehr demagogischen Unterstellungen in der „Freiheit“ wäre des Guten zuviel. Der Verfasser des Berichts wird selbst wissen, daß der Genosse Bermuth die ihm angebotenen Ausführungen nicht so gemacht hat. Anscheinend wollte die „Freiheit“ durch die Veröffentlichung dieses unwahren Berichts auch nur die zweifelhafte Rolle verschleiern, welche der unabhängige Redner in der Sitzung gespielt hat.

### Schützt die öffentlichen Parkanlagen!

Diese von uns wiederholt veröffentlichte Aufforderung richtet erneut ein Betriebsratsmitglied vom Treppower Park an die Erhaltung suchende Bevölkerung. Durch das zeitige Frühlingserwachen ins Freie gelockt, strömen zuweilen große Menschenmassen in die Parkanlagen. Es ist dann ein betrübendes Schauspiel zu beobachten, wie den grünen Sträuchern und Anlagen aus dem Publikum mitgeschleppt wird. Es spielen sich auch öfter häßliche Ausfälle zwischen den aufstrebenden Wäldern, deren Dienst mit dem heutigen Publikum nicht so leicht ist, ab. Leider kommt es auch vor, daß sich Passanten gegen die Wälder auflehnen, die im Interesse der öffentlichen Ordnung handeln, und sich öffentlich durch unehrbare, immer politisch werdende Madausagen bloßstellen. Es wird gebeten, solche Ausfälle zu vermeiden, die Anlagen erhalten zu helfen und die Wälder zu unterstützen.

Die „Vorwärts“-Expedition für Staaten hat Frau Kufner, Staaten, Scheidstr. 12, übernommen.

Für Spandau befindet sich die „Vorwärts“-Expedition beim Genossen Bullack, Moritzstr. 14, Gartenhaus 3 Treppen.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet wurde gestern nachmittag der 6 Jahre alte Sohn Kurt des Kaufmanns Sommer aus der Hermannstr. 176 zu Neukölln. Der Kleine geriet vor der östlichen Wohnung unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß er gleich starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schanzenhof gebracht.

Entwicklungslehre und Entwicklungslehre. Ueber dieses Thema sprach am Freitag, den 4. April, im Auftrag des Deutschen Reichsbundes im Werner-Siemens-Realschulsaal, Rosenkranzstraße 47/49, abends 7 Uhr, Prof. Nicolai.

Vorträge durch Alt-Berlin veranstaltet Dr. Hedwig Michaelson im Rahmen der Humboldt-Hochschule Mittwoch nachmittags 5½ Uhr. Erste Sitzung am 13. April. Vorberichter der Vortragsreihe Sonntag, den 10. April, vormittags 11—12 Uhr, Genthiner Straße 13 (Frauenklub).

Volkschule Groß-Berlin, Arbeitsstätte Neukölln. Die bisher eingerichteten Fremdsprachkurse (Französisch, Englisch, Spanisch, Russisch) werden im Herbstjahr April—Juni 1921 weitergeführt. Ferner werden Anknüpfungskurse eingerichtet. Beginn: 18. April. Anmeldungen unter Vorlegung der bisherigen Hörskarte werden vom 7. bis 16. April in der Zeit von 10—11 und 5—7 Uhr im Zimmer 218, Rathaus Neukölln, entgegengenommen. Die Hörskarte beträgt ab 1. April 18 Mk. je Kursus. — Die Hörskarte von den akademischen Unterrichtsstellen für Arbeiter eingerichteten Lehrgänge in Deutsch und Rechnen werden ebenfalls fortgesetzt. Neu eingerichtet werden Kurse in Deutsch und Rechnen. Auskunft und Anmeldung hierzu am Mittwoch, 4. April, abends 7½—9½ Uhr im Keller-Friedrich-Realschulsaal. Hörskarte für einen Lehrgang (12 Wochen) 4 Mk. Arbeitslose frei. Beginn des Semesters: 9. Mai. —ämtliche Arbeitsbeschaffungs- und Fortkurse finden in den Räumen des Kaiser-Friedrich-Realschulsaals, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 208/10, statt. Hörskarten zu den von der Volkshochschule Groß-Berlin eingerichteten Kursen sind vom 7. April u. a. im Rathaus, Neukölln, Zimmer 218, 10—11 Uhr, in der „Vorwärts“-Expedition, Siegfriedstr. 28, von 9 bis 4 Uhr montags, und ferner an der Abendkassa der Realschulen, jeweils vor Beginn der beiden ersten Vorträge einer Reihe erhältlich.

Verwaltungsbezirk 18, 19 und 20. Am Sonntag, den 9. April, abends 6½ Uhr, findet in Pantlons, Schulstraße 6, eine Versammlung der Gew.-Unterkommision mit den Betriebsleitern der drei Bezirke statt. Tagesordnung: Die Zentralisation der Krankenkassen. Referent: Verwaltungsbezirk 18. Jeder Bezirk muß vertreten sein. Gewerkschaftsunterkommision Pantlons-Kleberstraße.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Donnerstag, den 7. April:

Siedberg, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulstraße 14/11. Thema: Die Londoner Verhandlungen. Ref.: Dr. Schlim.

